

Gemeinsame Solidaritäts-Erklärung für die Letzte Generation

Bonn, 03.06.2023 – Mit großer Sorge und Unverständnis blicken wir auf die Razzien gegen Mitglieder der Letzten Generation, die am 24. Mai bundesweit wegen des Anfangsverdachts auf "Bildung einer kriminellen Vereinigung" durchgeführt wurden. Diese Maßnahme der Staatsanwaltschaft München stellt nicht nur eine neue Stufe der Eskalation dar, sondern war und ist juristisch stark umstritten und veranlasst uns dazu, uns deutlich und solidarisch hinter die Aktivist:innen der Letzten Generation zu stellen.

Wir empfinden es als völlig unverhältnismäßig, dass eine Gruppe, die mit friedlichem zivilen Ungehorsam mehr Klimaschutz einfordert, auf eine Stufe gestellt werden soll mit organisiertem Verbrechen, rechtsextremen Gruppierungen oder Terrororganisationen. Sogar die Vereinten Nationen haben sich zuletzt besorgt über die Maßnahmen geäußert. UN-Generalsekretär António Guterres, hat dazu erklären lassen [übersetzt]: "Klima-Aktivist:innen – angeführt von der moralischen Stimme junger Menschen – haben ihre Ziele auch in den dunkelsten Tagen weiter verfolgt. Sie müssen geschützt werden und wir brauchen sie jetzt mehr denn je."

Kriminalisierung und hasserfüllte Rhetorik gegenüber friedlichem zivilen Protest für Klimagerechtigkeit sind leider auch in Deutschland nichts völlig Neues. Trotzdem erleben wir in den letzten Monaten eine beunruhigende und immer weiter zunehmende Eskalation der Debatte um Klima-Aktivismus. Man denke nur an die vielen verbalen Entgleisungen in den Medien und auch von Politiker:innen in Bezug auf die Aktionen der Letzten Generation. Selbst Vertreter:innen demokratischer Parteien lassen sich dazu hinreißen, friedlichen Protest mit dem Terror der RAF, der Taliban oder auch mit Straßenschlachten in der Spätphase der Weimarer Republik zu vergleichen. Bewusst oder unbewusst schüren sie damit weiter den Hass auf Klima-Aktivist:innen, der sich in letzter Zeit zum Beispiel in der gewaltsamen Reaktion einiger Autofahrer:innen auf Straßenblockaden der Letzten Generation gezeigt hat.

Besonders absurd sind solche Statements von Politiker:innen, deren Entscheidungen dazu beigetragen haben, dass wir uns nun in einer immer weiter eskalierenden Klimakrise befinden. Eine Krise, in der Menschen aus lauter Verzweiflung über mangelnde politische Maßnahmen ihre Zeit und oft auch ihre beruflichen Karrieren opfern und sogar ihre eigene Sicherheit und Gesundheit riskieren, um für eine möglichst lebenswerte Zukunft zu protestieren.

Die bei manchen freigesetzten Aggressionen gegen die Letzte Generation lassen sich daher wohl vor allem darauf zurückführen, dass ihre Aktionen besonders "unbequem" sind und stärker in den Alltag der Menschen eingreifen als andere. Über die dahinterstehende Strategie kann man natürlich unterschiedlicher Meinung sein, aber sie rechtfertigen in keinsten Weise die derzeitige Eskalation.

Im Gegenteil: Angesichts der schon jetzt katastrophalen Auswirkungen der Klimakrise sind friedliche Straßenblockaden und ähnliche Aktionen ein vergleichsweise mildes Mittel, um auf die Notwendigkeit konsequenter Klimaschutz-Maßnahmen hinzuweisen. Statt also weiterhin diejenigen Menschen zu verfolgen und zu diffamieren,

mieren, die die schlechten Nachrichten überbringen, sollte die Politik ihre eigenen Verpflichtungen einhalten, um – wie im Grundgesetz Artikel 20a festgelegt – "in Verantwortung für die künftigen Generationen die natürlichen Lebensgrundlagen" zu schützen.

Zugleich wissen wir als globale Bewegung, dass die Strafverfolgungsmaßnahmen hier in Deutschland nicht zu vergleichen sind mit der weltweiten Verfolgung, Folterung und Ermordung insbesondere von indigenen Umweltaktivist:innen, die an vorderster Front für Klimagerechtigkeit kämpfen. In den letzten zehn Jahren wurden weltweit mindestens 1700 Klimagerechtigkeits- und Umweltaktivist:innen ermordet. In Solidarität mit diesen mutigen Menschen müssen wir unsere privilegierte Position nutzen und Verantwortung übernehmen sowie unsere Regierung zur Übernahme von Verantwortung drängen – denn der globale Norden ist Hauptverursacher und Treiber der Klimakrise.

Deswegen werden wir auch in Zukunft für Klimaschutz und Klimagerechtigkeit laut und unbequem sein. Dabei stehen wir solidarisch an der Seite der Letzten Generation und aller anderen Organisationen, Gruppierungen und Menschen, die sich mit friedlichen Mitteln für eine lebenswerte und klimagerechtere Welt einsetzen.

Unterstützende Gruppen (in alphabetischer Reihenfolge):

Attac Bonn

End Fossil Occupy Bonn

Extinction Rebellion Bonn

Fridays for Future Bonn

GermanZero Bonn/Rhein-Sieg

Greenpeace Bonn

Parents for Future Bonn

Parents for Future Bornheim/Swisttal/Weilerswist

Scientist Rebellion Bonn